

# Die Mythenwelt der Globophoben

VON JOSEF JOFFE

Eine Mär der Globalisierung besagt, dass die Wirtschaft alles, der Staat nichts sei – dass die tausend größten Multinationalen, die weltweit für vier Fünftel der Industrieproduktion gut sind, den Nationalstaat entmannt, dessen Grenzen niedergetrampelt hätten. Wie falsch dieser Mythos ist, haben ungewollt just jene Schlägertrupps demonstriert, die auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum ein „Seattle II“ inszenieren wollten.

Selbst ein so schwacher Staat wie der Schweizer konnte diese allzu schlichte These leicht widerlegen: mit einer tief gestaffelten Legion von Kantonspolizisten. Das Davoser McDonald's (Motto: „Think global, eat local“) haben die Protestler zertrümmert, zwei Polizisten verletzt – das war die böse, aber magere Bilanz. Schlimmer aber war die Dialogverweigerung – nicht durch den Davoser Ober-Impressario Klaus Schwab, der die Kritiker in das Betonmonster namens „Kongresszentrum“ eingeladen hatte. Man wolle sich nicht als „Geisel“ nehmen lassen, hieß es; unmöglich sei der Dialog mit jenen „Eliten“, die „kaltschnäuzig Tausende im Namen der globalen Wettbewerbsfähigkeit entlassen“.

Dabei wäre gerade ein solcher Dialog vonnöten, um ein wenig Licht in die dunkle Mythenwelt der Globophoben zu tragen. Zum Beispiel besagt ein Bericht der OECD, dass ausländische Firmen besser bezahlen als die heimischen, zudem schneller Jobs schaffen – gerade in ärmeren Ländern wie etwa der Türkei. Dort liegen die Löhne der „Multinationals“ 124 Prozent über dem Durchschnitt; die Belegschaften wachsen jährlich um 11,5 Prozent, derweil die der heimischen Industrie gerade mal um 0,6 Prozent zunehmen. Und deren Moral? Kühl kommentiert der britische *Economist*: die sei besser als das Gebaren so mancher Staaten; „die meisten würden ihren Vorstandsvorsitzenden gefeuert haben, der sich so verhält wie Clinton oder Kohl“.

Es wäre auch erhellend gewesen, dem amerikanischen Präsidenten zuzuhören, der zum ersten Mal mit gewaltigem Tross in Davos eingefallen war: „Falsch liegt“, so Bill Clinton, „wer die Kräfte der Globalisierung zurückzurollen wünscht, weil er deren zerstörerische Folgen fürchtet.“ Gerade die ärmeren Länder profitieren von Welthandel. Im vergangenen Vierteljahrhundert seien jene Entwicklungsländer, die ihr Heil in der Öffnung suchten, doppelt so schnell gewachsen wie solche, die sich abgekapselt haben. „Die Länder, die sich am weitesten geöffnet haben, sind gar sechs Mal schneller gewachsen“, sagte Clinton.

Diese Worte waren zwar an die versammelte Elite – 1000 Firmen- und 30 Regierungschefs – gerichtet, aber sie galten jenen Selbstgerechten aus der „Ersten Welt“, die sich draußen gerade anschick-

ten, das Alpenstädtchen aufzumischen – natürlich im Namen der „Gerechtigkeit für die Dritte Welt“. Tatsächlich fällt es schwer, sich auszudenken, wie Bangladesch oder Mexiko sonst an die Investitionen, das Know how und die Jobs kämen, die es daheim nicht gibt. Brutaler hat es der mexikanische Präsident Ernesto Zedillo ausgedrückt. Woher nehme die internationale Allianz der WTO-Gegner den Mut, mit ihren Parolen gegen den Freihandel die „Entwicklungsländer vor der Entwicklung zu schützen“?

Tatsächlich klingt der Protest aus der Dritten Welt ziemlich verhalten. Globophobie ist ein Phänomen der Wohlstandswelt. Und die Interessen, um die es dabei geht, haben mit jenen der Entwicklungsländer herzlich wenig zu tun; es geht um Besitzstände daheim. Es lässt sich nicht verleugnen, dass die deutschen Metaller oder die amerikanischen Textilarbeiter keine Freude am Freihandel haben können – und noch weniger die Bauernverbände. Arbeiter in Asien und Farmer in Australien produzieren besser und billiger. Aber soll man sie deshalb an der Grenze abwehren?

Das wäre nicht nur ungerecht, sondern auch vor allem schädlich für die eigenen Interessen. Hätte Deutschland sein Wirtschaftswunder genießen dürfen, wenn es nicht unter dem Dach des Freihandels fast ein Drittel seines Sozialprodukts hätte exportieren können? Gerade jene, die nicht zu den „Besserverdienern“ gehören, profitieren vom Welthandel, weil billigere Autos, Schuhe und Kühlschränke ihr Realeinkommen erhöhen. Macht die Grenzen zu, und sie verlieren gleich doppelt: einmal, weil so ihre Jobs in der Exportwirtschaft sterben, zum zweiten, weil sie mit den teureren Produkten der heimischen Wirtschaft vorlieb nehmen müssen.

Das ist volkswirtschaftliche Klippeschule, aber sie hat Recht. Wer sich abkapselt, der stagniert – siehe das traurige Schicksal des Staatssozialismus. Wer der Dritten Welt helfen will, darf sie nicht vom Handel ausschließen, sondern muss sich selbst öffnen. Wer sich zu Recht über Kinderarbeit sorgt, sollte es den Müttern erleichtern zu arbeiten, damit die Kinder in die Schule gehen können. Denn die Armut zu beweinen, ohne den Ärmsten zu helfen, sich selbst zu helfen – das ist eine Form der edlen Heuchelei. Das beste Mittel gegen die soziale Ungerechtigkeit ist die Investition in „Humankapital“: in Bildung und Anpassungsfähigkeit – und es sind Regeln, die den Freihandel durch die Gebote der Fairness einhegen. Doch die Globalisierung stoppen zu wollen, ist so verständlich wie kurzsichtig – und häufig gar selbstsüchtig. Der Gerechtigkeit wäre mit dem Dialog besser gedient gewesen als mit der Zerlegung eines McDonald's.